

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57
Wintersfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Cäsario Nr. 6486

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postvertragsnummer Nr. 3164

Inhalt: Siebenter Verbandstag. — Der Tarifvertrag (I). — Die Zukunft der deutschen Wirtschaftspolitik. — Die Filiale Dresden 1913. — Neuordnung der städtischen Arbeitslöhne in Frankfurt a. M. (II. Schluß). — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Theaterarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Gerichts-Zeitung. — Rundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Inserate. — Totenliste. — Feuilleton: Gedanken über Militarismus, Volkswehr und Krieg Von J. G. Fichte

Der Tarifvertrag.

(Der bekannte Soziologe Rechts-anwalt Dr. Singheimer hält am 4. Vortage über den Tarifvertrag. Bei der Wichtigkeit des Themas und der führenden Stellung des Referenten in diesen Fragen glauben wir, unseren Lesern den Inhalt der Vorträge in einem kurzen Auszug bekanntgeben zu sollen. Die Redaktion.)

Wenn wir uns ein Urteil über die Bedeutung der Tarifverträge bilden wollen, müssen wir von dem ausgehen, was tatsächlich und rechtlich ist. Wir sehen vor allem, daß die Tarifverträge in Deutschland sich außerordentlich vermehrt haben. Während wir im Jahre 1907 nur rund 5000 Tarifverträge gezählt haben, sind diese Tarifverträge im Jahre 1912 (im letzten Berichtsjahr der Tarifstatistik) auf rund 10000 angewachsen. Diese Tarifverträge erschaffen heute 150000 Betriebe und 1570000 Personen. Also beinahe 2 Millionen Menschen sind heute von der Tarifvertragsentwicklung in Deutschland erfaßt, d. h. sie sind berührt von den Gedanken der Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen, den eben der Tarifvertrag verwickelt. England hat nur 10000 Tarifverträge, denen aber rund 2500000 Personen unterworfen sind, also fast eine Million mehr als in Deutschland. Ein Zeichen dafür, daß offenbar in England der Tarifvertrag auf erhöhter, fortgeschrittener Stufe steht, d. h. viel mehr zentralisiert und ausgebaut ist, als bei uns in Deutschland. Es ist sehr beachtend, daß dann wieder das Land, das die am wenigsten entwickelte gewerkschaftliche Bewegung mit fundamentalistischen Argumentierungen aufweist, nämlich Frankreich, eines der tarifärmsten Länder ist.

Es gibt in Deutschland keine Gewerbegruppe mehr, die nicht irgendwie härter oder schwächer von dem Tarifvertragsprinzip erfaßt ist, bezeichnender Weise mit einer Ausnahme. Während wir in England im Bergbau Tarifverträge haben, haben wir in Deutschland keine Tarifverträge im Bergbau. Wir sehen also an dieser Tatsache, daß Tarifverträge im Bergbau sehr wohl möglich sind, wenn es auch in Deutschland von Arbeiterschaft noch bestritten wird.

Am härtesten erfaßt von dem Tarifgedanken ist das Buchdruckgewerbe; 66 Proz. aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen sind tarifgebunden. Das zweite Gewerbe, das hinter dem Buchdruckgewerbe kommt, ist das Baugewerbe. Da zeigt sich das Verhältnis 47 Proz. zur Zahl der überhaupt im Baugewerbe beschäftigten Personen.

Die neueste amtliche Statistik, die amtliche Zusammenstellung, die jüngst erschien, ergibt die überraschende Tatsache, daß von allen tarifgebundenen Personen die Hälfte in Betrieben beschäftigt werden, die zu den großen und größten gerechnet werden. Während 1908 die Statistik noch sagen konnte, daß die Tarifverträge die Grenzen des Handwerks noch nicht überschritten haben, heißt es jetzt in der Statistik des Reichsarbeitsblattes: „Die Mehrzahl aller Personen dagegen gehört zu Tarifgewerkschaften, bei denen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als 20 Personen entfallen. Daraus ist zu schließen, daß die Mehrzahl aller durch die am 31. Dezember 1912 bestehenden Tarifverträge gebundenen Personen zu Betrieben gehört, die keinen handwerkemäßigen Charakter mehr tragen.“

Siebenter Verbandstag.

Verbandsvorstand und Verbandsauschuß haben im Juni v. Js. beschlossen, daß der nächste im Jahre 1915 fällige Verbandstag bereits im Jahre 1914 abgehalten und als außerordentlicher Verbandstag einberufen werden soll. In Nr. 47 der „Gewerkschaft“ ist schon darauf hingewiesen, daß dieser Verbandstag in der Zeit vom

24. bis 30. Mai in Hamburg

stattfindet. Die Eröffnungsfeier ist auf Sonntag, den 24. Mai verlegt, während die eigentlichen Verhandlungen am Montag, den 25. Mai beginnen. Nachfolgende Verhandlungsgegenstände gelten als vorläufig festgesetzt:

Tagesordnung:

1. Konstituierung des Verbandstages.
2. Geschäftsbericht.
3. Statutenberatung.
4. Festsetzung der Gehälter und Diäten.
5. Wahl der Verwaltungskörper.
6. Sonstige Anträge.
7. Berichterstattung von der Internationalen Konferenz und über die Internationale Verbindung.
8. Der nächste Gewerkschaftskongreß.
9. Der nächste Internationale Kongreß.
10. Unser Koalitions- und Streikrecht.

Auf dem Verbandstag zur Verhandlung kommende Anträge müssen spätestens sechs Wochen vor Eröffnung der Tagung eingereicht und vier Wochen vor ihrer Abhaltung bekanntgegeben werden (§ 41 Abs. 5).

Die Ausschreibung der Delegiertenwahlen erfolgt erst, wenn alle Abrechnungen des vierten Quartals dem Verbandsvorstand vorliegen.

Die Anträge des Verbandsvorstandes zum Verbandsstatut werden in der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ veröffentlicht. Der Verbandsvorstand.

Die Zukunft der deutschen Wirtschaftspolitik.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Zolltarif von 1902 ist von herrschenden Massen jenseit in den Gliedern. Formell haben die Zolltarif und die Schranken der allgemeinen Wirtschaft zusammen der Agrarier und der Industriellen für die Wahrung der Interessen der herrschenden Klassen. Doch in einer gewaltigen Volksbewegung gelang es, die herrschende Mittel des Volkes über die Zollwucherer. Den entscheidenden Sieg ihres materiellen Interesses hatten sie bezahlt mit der Lebenslänglichen Todesurteil von Millionen neuer Kampfgegner, denen der Kampf die Augen über die Natur ihrer Lage geöffnet hatte. Mit schmerzlicher Angst denken Regierung und herrschende Massen daran, daß vielleicht diese Kämpfe in einem größeren Maßstabe sich wiederholen könnten; und dann wäre die Lage viel unangenehmer als im Jahre 1902. Damals kam die Regierung der Lebensmittel, ohne die nun einmal die Könige der Agrarier ihre Marktrollen nicht hereinbringen können, in einer Zeit, die Lebensmittel mit kleinen Unterbrechungen zwanzig Jahre lang gesunken waren und erst eine leise Steigerung sich bemerkbar machte. 1917 ist über die Wirtschaftspolitik zu entscheiden, nachdem die Regierung mehr als 10 Jahre gebaut hat. Es ist darum zu kämpfen, während die proletarischen Organisationen mehr als fünfmal so groß geworden sind. Wollten die Kämpfe um den Zolltarif 1917 den Volk eben so auf wie 1902, so rückt die herrschende Klasse gegen einen Sturm von solcher Kraft, daß dessen Folgen nicht mehr übersehen werden können.

So hat die Angst um die Zukunft der Handelspolitik jenen Plan gegeben, den der Staatssekretär Teilwid bei der Staatsberatung vorgelegt hat: Am Zolltarif soll nichts geändert werden und die Handelsverträge sollen ohne Veränderung weiterlaufen. Das Echo, das diese Erklärung in den verschiedenen Lagern gefunden hat, zeigt sehr interessant in die Bedeutung dieses Plans und seine Auswirkung auf die Wirtschaft.

Die „Städtische Zeitung“, die Repräsentantin der gutsituierten bürgerlichen Bourgeoisie, ist begeistert über die Aussicht, ohne Kampf und Aufregung über die gefährliche Situation hinwegzukommen. Sie schreibt in ihrer Nr. 76:

„Dieser ist wirklich der Stein der Weisen gefunden worden, und man muß hoffen, daß im entscheidenden Moment die Weisen nicht dem Steine mangeln. Diese Behandlung der Zollfragen war geradezu eine Forderung des Augenblicks. Zu einer Zeit waren die bürgerlichen Parteien einander in wirtschaftlichen Fragen als heute, wo der städtische Kampf mit seiner Scharfe tobt.“

Auch die extremen Schreier nach Schutzzöllen verhalten sich auf einen zurückhaltend mit ihrer Kritik. Die „Deutsche Tageszeitung“, die bisher so tat, als ob sie ohne Erhöhung der Getreidepreise auf 75 Mk. und ohne Einführung von Woll-, Nahn- und Schutzzöllen nicht auskommen könnte, schreibt:

„Es ist zuzugeben, daß gewisse Wandlungswünsche vorhanden sind, die einige Unebenheiten beseitigen und daß ein Ansehen und eine gewisse Ergänzung erwünscht erscheint. Es handelt sich aber überall nur um Einzelheiten. Die großen und ganzen und ganzen entspricht der Tarif auch heute noch den Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft. (Das heißt ins Deutsche überetzt: er genügt heute der Profitwelt der raffinerigen Junker.) Deshalb haben die verschiedenen Regierungen jenseit keine Veranlassung, durch Annahme der verschiedenen Handelsverträge eine neue Regelung herbeizuführen. . . . Heber diese bedeutende Erklärung wird noch ein anderes Wort zu sagen sein; wir müßten wir uns damit begnügen, die Frage aufzuwerfen, ob es denn zweckmäßig und überdies gerecht sei, eine solche Erklärung im jetzigen Augenblicke vor dem Zustande und dem Auslande abzugeben. . . . Von einem anderen Befehle sind, glauben wir, daß eine solche Erklärung ihre parteiischen Bedenken hat.“

Was dem wütenden Schreier, das bisher über die „Läden im Kampf“ immer erhoben werden ist, bedeutet diese leise Mißbilligung direkt das Augenzeugnis, im gegebenen Augenblicke mit sich über zu lassen.

Der Zentralverband deutscher Industrieller, der in Nr. 114 der „Städtischen Zeitung“ in einem Leitartikel seine Stellung darlegen läßt, hat an dem Flage der Regierung mundes zu sprechen. So wird hervorgehoben, daß er nicht so leicht durchzuführen sein wird, da es noch fraglich ist, wie sich das Ausland zu einer Verlängerung der Handelsverträge stellen wird.

Die Regierung gibt sich einer verhängnisvollen Täuschung hin, wenn sie glaubt, die bisherigen Handelsverträge unver-

ändert auf längere Zeit fortzusetzen lassen zu können. Schon jetzt werden vor allem in Rußland und Italien Vorbereitungen für eine neue handelspolitische Kampagne getroffen. Es ist schwer anzunehmen, daß mindestens diese beiden Staaten die laufenden Handelsverträge mit Deutschland auf den ersten zulässigen Termin, also zum 1. Januar 1918, kündigen werden. Aber auch aus Ungarn liegt bereits eine Ankündigung des österreichischen Reichens zu der Rede des Staatssekretärs vor, in der betont wird, daß eine einjährige Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland unabweisbar sei, und gewisse Revisionen durch Zusatzverträge geschlossen werden müssen. . . . Wie dem auch sei, es ist unbedingt notwendig, daß sich die Regierung auf die Wahrscheinlichkeit einer Kündigung wichtiger Handelsverträge rechtzeitig und ausreichend vorbereite.“

In der Tat ist hiermit auf einen schwachen Punkt der Teilwid'schen Politik hingewiesen. Je mehr aus innerpolitischen Gründen die deutsche Regierung eine Veränderung vermeiden will, um so mehr werden die anderen Staaten diesen Moment benutzen, um ihre Verlegenheit zu bereiten und Vorteile für sich herauszuklagen.

Für den Fall, daß die Regierung über diese Klippe hinwegkommen kann, hat aber auch der Zentralverband nichts gegen eine unveränderte Weiterhaltung des jetzigen Systems. Jedenfalls werden keine neuen Zollforderungen geltend gemacht. Und von ihrem Standpunkt könnten die Marktinteressen und die Agrarier mit der Behauptung des 1902 Erregenen zufrieden sein. Denn mit der auf Ermäßigung des Schutzolltarifs gerichteten Politik des Reichenslers Caprivi wurde damals gründlich aufgeräumt, und die Mühe zu den nominellen Säben der Bismarck'schen Aera zu Ende der achtziger Jahre bedeutete mehr als Rücknahme der Caprivi'schen Konzessionen. Viele Industriezölle haben gegenüber der Zeit vor dreißig Jahren gewaltig an Bedeutung gewonnen, weil sie infolge der technischen Entwicklung einen größeren Teil des Preises als früher ausmachen und die fremde Konkurrenz prohibitiv fernhalten. Die Agrarzölle wurden aber durch die Weiterhaltung des Einfuhrschutzes, das einen Ausgleich für die Ermäßigung der Getreidezölle im Jahre 1891 bilden sollte, in ihren Wirkungen so schlimm wie nie bisher. Sonnte in der Bismarck'schen Zeit der deutsche Preis nie ganz um den Zoll verteuert werden, so war dies jetzt regelmäßig der Fall. Waren die Bismarck'schen Getreidezölle in einer Periode rasch sinkender Getreidepreise eingeführt, so haben die Pulson'schen Zölle in einer Aera steigender Preise die notwendigen Lebensmittel verteuert. Mehr als Gesetze es können, hat eben die wirtschaftliche Entwicklung die Rubrik dieser Zölle begünstigt: seit 1905 sucht die Fenerung aus beim, die die Zölle zu einem wahren Goldregen für die Agrarier macht. Eine Beseitigung dieses Systems ist die dringendste Erleichterung, die dem Volk jetzt gebracht werden kann und muß.

Gelingt es der Regierung, ihre demagogischen Pläne durchzuführen und die Zurückhaltung der extremen Zollner auf der einen Seite und die begeisterte Zustimmung auf der anderen Seite ruht dies durchaus in den Bereich der Möglichkeiten: so ist dies von der allergrößten politischen Bedeutung. Damit würde den Volksmassen die Scheinlösung hingeworfen werden, daß alles beim alten bleibe und keine Verschlechterung zu erwarten sei. Und dringende Gefahr entsteht, wenn die Arbeiter auf diese elende Ninte hereinfallen und vergessen, wieviel schärfer als vor 10 oder 20 Jahren die Weisheit der Schutzzölle sie heute anpaßt. Alle Kräfte müssen deshalb in der Arbeiterbewegung daran geübt werden, trotz aller Verhöhnungsversuche der Herrschenden einen Volkstum hervorzuheben, der bis in die letzten Tiefen dringt und überall bei Aufklärung über die Natur des Zollwuchers und der kapitalistischen Ausbeutung trägt. Gelmat es, eine Bewegung in den Arbeitern zu entfesseln, so wirkt als Preis, daß wir in absehbarer Zeit die Weisheit des gesamten deutschen Volkes auf unserer Seite haben. Doch wehe, wenn es den Demagogen gelingt, Teilnahmslosigkeiten hervorzuheben! Ein Fortschreiten der proletarischen Bewegung wäre dann für Jahre hinaus unmöglich gemacht.

Trotzdem ist es für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftspolitik eine Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse, die bürgerlichen Parteien und besonders das Zentrum mit seinen dringlichen Arbeiterverbänden zu zwingen, Farbe zu bekennen und die Frage der Vertierung des Lebensunterhalts nicht von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Der Kampf gegen die Zollwucherpolitik muß schon heute begonnen werden.

Die Filiale Dresden 1913.

Naher als erwartet, verlief das Jahr 1913. Größere Aktionen auf gewerkschaftlichem Gebiete lagen nicht vor. Die Depression auf dem Arbeitsmarkte, die für die ärmeren Schichten der Bevölkerung, also hauptsächlich der Arbeiterklasse stark fühlbare Teuerung übten auch schließlich eine hemmende Wirkung aus. Obwohl nun für die Gemeindefürsorge die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkte nicht in dem Umfang fühlbar ist, so ist es aber doch die bestehende Teuerung um so mehr, weil ja die Löhne derselben meistens bedeutend niedriger sind, als die der Arbeiter in der Privatindustrie. Die Löhne für den Aufwand aller Lebensbedürfnisse hinsichtlich der gleichen sind. Die Dresdner händischen Arbeiter hatten und leiden noch besonders unter dieser Notlage, da die Erhöhung der Löhne in den letzten Jahren durchaus nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Erhöhung der Löhne für Arbeiter in der Privatindustrie, noch weniger aber mit der Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse. Was Wunder also, wenn für die händischen Arbeiter im Anfang dieses Jahres immer noch in der Lohnaufhebung Befanden, in der sie schon ein Jahrzehnt hängen und sich erüben, ihre Löhne Einkommen mit den gehörierten Preisverhältnissen in Einklang zu bringen. Zwar senden in dem Zeitraum von zehn Jahren viele Verbesserungen statt, doch schon der Umstand, dass die Lohnaufhebung nach seiner Verhältnisse als ungenügend betrachtet wurde, ist Beweis genug, daß sie völlig unzureichend waren. Einmal erhöht nur ein Teil der Arbeiter etwas, dann werden die Erhöhungen so ungenügend, daß für die händischen bestehenden Verhältnissen nicht gerade werden, schmerzhaft daß sie eine Lösung der Lage der Arbeiter gestattet hätte. So auch die Lohnaufhebung vom Mai 1912. Gerade für diese hat der Rat den Hinweis erlassen, daß sie hinter der Preissteigerung zurückgeblieben ist. Das ergab aus der Beurteilung des Rates hervor, die er seiner Verträge über Wohnungsverhältnisse für die händischen Beamten in diesem Jahre leitete. Er kam dort zu dem Schluss, daß seit 1909 keine Verbesserungen, die Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse bei den oberen Beamtengruppen mindestens 6, und bei den unteren Beamtengruppen mindestens 10 Proz. betragen dürfte." In einem weiteren Schreiben an die Stadtverordneten, in welchem er seinen erlebenden Standpunkt verteidigt, die vom Kollektivum geforderte Teuerungszulage für die händischen Arbeiter regundete, rechnet er die Lohnaufhebungen für die händischen Arbeiter seit 1909 auf 9 Proz. Dadurch heftete er fest, daß die Lohnaufhebung um einen Prozent hinter der Preissteigerung für alle Lebensbedürfnisse zurückblieb. Er bewies aber durch eine diesem Schreiben angehängte Statistik über die Dresdener Preise der wichtigsten Nahrungsmittel weiter, daß eine Lohnaufhebung trotz der 1912 erfolgten dringend notwendig war. Er konnte zwar auf Grund dieser Statistik zu einem negativen Schluss nie kam, indem er anführt, daß nach dieser Statistik von einer allgemeinen Preissteigerung nicht die Rede sein konnte, weil in ganz noch von einem Kommando unter den händischen Arbeitern". Die Tabelle führt die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel von November 1911 bis April bzw. November 1912 an. Bedingt man nun die Gesamtsumme zusammen für die einzelnen Zeilen, was der Rat unter über hat, so kommt man zu folgenden Ergebnissen: Im November 1911 kosteten die angeführten Lebensmittel 18819 Pf., im April 1912 19777 Pf., und im November 1912 21017 Pf. Es ergab nun eine Steigerung von November 1911 bis April 1912 von 528 Pf., von hier bis November 1912 von 1648 Pf., insgesamt sind 2176 Pf. Die Arbeiter demonstrieren demnach in der Gesamtsumme von 25 April 1913 gegen die Forderung jeder Erhöhung der Löhne und deren Forderung nicht nur die unter ihnen bestehende Erzeugung. Im Juni ergab nur auch endlich ein. Ein Lösung der Preisfrage um zwei Monate, die Gelder um ein bis zwei Wochen und Monatslöhne sollte ebenfalls entsprechend werden. Aber im März der Rat noch eine Lohnaufhebung von 1 Pf. am 1. Juli 1913 an. Die Löhne für die händischen Arbeiter und Arbeiter auf Arbeitern konnten nur deshalb nicht sein:

Handwerker.			
Besonders geübte und tüchtige			
Spezialhandwerker	52 bis 62 Pf.	nach 9 Jahren	
Metall- und Holzarbeiter	41 " 50 "	" 9 "	
Glaser	44 " 50 "	" 9 "	
Maurer und Zimmerer des Handwerks	49 " 51 "	" 9 "	
Maurer und Zimmerer des Tiefbauwesens	61 Pf.	(Einheitslohn)	
Arbeiter.			
Arbeiter d. Normallohnstafel I	41 bis 45 Pf.	nach 9 Jahren	
	41 " 43 "	" 9 "	
Katernwärter (Egelohn)	3,50 bis 3,90 M.	" 20 "	

Frauen.			
Frauen bei der Straßenbahn: 28 bis 29 Pf. nach 4 Jahren			
" " Stadtgärtnerei: 21 " 25 " 7 "			

Durch diese Regelung kam nun die Lohnaufhebung vorläufig zum Stillstand. Die nun freiverwendenden Kräfte können nun einer anderen wichtigen Sache, der notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit gewidmet werden. Daß sie dringend notwendig ist, bezeugt allein die ungeheure Krankenliste der händischen Arbeiter. Sie überwiegt bei weitem die Listen der übrigen Dresdner Krankenkassen. Während 1912 die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle im Durchschnitt bei allen Dresdner Krankenkassen auf 100 männliche Mitglieder 31,7 betrug, wies sie bei der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Dresden 11,8 Fälle auf. Bei „Krankentage auf ein Mitglied“, sowie „Krankentage auf einen Erkrankungsfall“ und „Sterbefälle auf 100 Mitglieder“ zeigen sich überall für die Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde höhere Ziffern als der Durchschnitt bei allen Kassen beträgt.

Daß dabei auch die elenden Lohnverhältnisse der händischen Arbeiter eine Rolle spielen, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Von einer realistischen Verbesserung der Arbeiter kann in diesem Jahre nicht mehr gesprochen werden. Die Abänderung der allgemeinen Arbeiterordnung hat noch immer auf sich warten lassen. In diesem Jahre soll man sie einer Änderung unterziehen, hauptsächlich damit die ungenügenden, nach Modifikation stehenden Bestimmungen aus der Welt, oder daß wenigstens aus der Arbeiterordnung.

In Veränden, die händischen Arbeiter nach Kräfte zu bevorzugen, stehen es einige Seiten der Stadtverwaltung nicht fehlen. Sie wurden aber von den Arbeitern nicht abgelehnt. Das Verhältnis der Verwaltung zu den Organisationen der Arbeiter hat sich noch nicht geändert. Noch immer verhalten sie ihnen gegenüber auf ihrem Seiten im Sinne Standpunkt. Wir gehen nicht näher darauf ein, es ließe dieser Erwähnung zuviel Beachtung schenken. Die Anerkennung der händischen Arbeiter, so organisiert oder nicht, daß die Organisation ihre Interessenvertretung darstellt, haben wir. Gerade in diesem Jahre hat sich dieses zur Evidenz erwiesen. Alle Maßnahmen der Organisation fanden den Beifall und Unterstützung der händischen Arbeiter. Die wenigen Stellen ausgenommen. Die Lohnaufhebung, die Wähler zum Ausschuss der Betriebskrankenkasse, und zu den Arbeiterausschüssen haben es nie gelassen. Die organisierten Arbeiter schenken sämtliche Arbeiterausschüsse, sein einziger unorganisierte ist darin vertreten. Der Vertreter zum Ausschuss der Betriebskrankenkasse bestehen zu 80 Proz. aus organisierten Arbeitern. Gleich und Schwarz standen zusammen, um die verbotene Organisation zu bekämpfen und sich seinen Platz an der Sonne zu sichern. Es hat ihnen nichts gemut. Die Leute sind noch nicht fertig, daß der Übermüder der Gelder aus. Wir fachten, die Leute werden nie fertig für den Bestand der jetzt 200000 Gelder. Müßig erwarben haben wir noch, alle sind die hohen Forderungen um uns bemüht. Weil der Sekretär in einer Versammlung „verstoßen“ wurde und der Leiter derselben, der Vorsitzende der Filiale ihn nicht an den weiteren Vorsitz übertrug, wurde die Versammlung, wurde der Vorsitzende zu 10 M. Strafe verurteilt. Auch der Gesamtrat soll, daß in einem anderen Falle ebenfalls gegen die Forderung von 100000 Pf. und einem Gesamtraum keinen angemessenen Platz annehme, ihn wecheln an der Herbeiführung einer Vereinbarung gehindert haben sollte. Der Gesamtrat wurde hierüber, weil die der der Gesamtraum in einem Falle an eine Stelle der der Gesamtraum. Wir gehen nicht mehr tief in der Annahme, daß die hohen Forderungen in dieser Kassen von der Einigung abgelehnt wurde, nur schon so wäre, wenn die Gesamtraum unter dem Verstande händen.

Im März 1913, dem von 1909 bis 1913. Die finanzielle Einmündung dieser Kasse war auch in diesem Jahre sehr gering. Die Gesamtraum betragen insgesamt 68 677,76 M., der Ausgaben 62 912,71 M. Das Jahresergebnis ergab sich von 22 249,96 M. auf 28 894,99 M. Aus dem Rücklage entfallen 50,1 M. Lebensbedürfnisse nicht der Anteil im neuen Jahre. Wenn alle unsere Männer organisiert werden, um sie zu beschäftigen. Wir haben zu der Dresdner Arbeiter haben das Vertrauen, im Jahre 1913 zu führen und an der Verbesserung der Mitgliedschaft tatkräftig mitzumachen.

berückten sie die Arbeiternebelung zu vollziehen; gewissermaßen im Hinblick auf den schwer kämpfenden Arbeiterkampf während aller der Noth zu wirken. Die Begründung war: "wäre nicht ein Komitieren mit juristischen Feiern und Korvetten. Die ganze Rede hatte den Zweck, darzutun, die Arbeiter in wirtschaftlichen Kämpfen noch nationalüberlegen mit am geschäftlichsten in ihrer Vermögenssicherheit zu bezeichnen. Besonders ermahnte er auch sehr heftig des Streikpöbeln, so zeigte er, daß er mit Hilfe besonders kühnere Arbeiter und gewichtig adreßter Kollegen, mit den Streikführern, unter nicht der kommunistischen Reden stehen wollte. Und das, obwohl er selbst gar nicht konnen konnte, daß auf dem 15. Mai der Arbeiterkongress schon hartnäckig Strafen zu erteilen seien, und daß die deutschen Rechte der Streikführer schon empörend zum Ausdruck kämen. Mit wichtigsten Material ausgerüstet, betrat der Redner die Rednertribüne, um zu einer endbrüllenden Rede über das bestehende System bei der Streikführung und Streikpolitik, das alles nach gegen den Fortschritt des Gewerkschafts und ihre Fortschrittsrichtungen anzuhaken, die sämtlichen Arbeiter, während für die streikenden Arbeiter in dem Zusammenhang § 154 eine moderne peinliche Halsgerichtsordnung durch den Reichstag erlassen worden ist. Dann wies er die Frage auf: Soll die Lösung von Zahlen mit dem Verbandstag des Zentralverbandes der Arbeiterkassen am 15. September v. J. in Leipzig erklärt, daß die Arbeiter Schlichtungsbedingungen billige? Einverstanden spricht aller Stimmen dafür. Denn eben hat auf dieser Tagung der Überdacht über Mängel bestehen Scham für Arbeitslosigkeit und härtere Strafen für Streikende beschlossen, da erklärte sich der, indem er sich in einer kurzen Rede mit den Bedingungen dieses Gesetzes einverstanden. Der Minister des Innern wurde nervös, er mußte dagegen und protestiert dann erregt. Der aber etwas abgemildert stürmte er über die Situation noch in gewöhnlicher zu machen. Der Minister versuchte darzutun, daß nur nicht legal, Auslegung den Sinn der förmlichen Worte so zu machen. Denn tatsächlich habe der Sinn nur die Vermeidung von Verletzungen des Kampfabstandes billigen wollen, von dem er, daß die Rede gewesen sei. Es gehört aber sehr viel mehr dazu, eine solche Entscheidung für zureichend zu halten. Denn wenn der Sinn es nachträglich nicht erklärt hätte, könnte man nicht sagen. Das, was Herr Richter, der Minister des Innern, für sich vorbrachte, war vollkommen nicht bis in alle Einzelheiten. Der Standpunkt der Arbeiter im Nationalkongress, aber nicht die rechtliche Entscheidung. Aber einer allgemeinen schon nicht. Der Minister des Innern erklärte sich nicht angetan, und nur die Punkte gelassen werden. Aber für die Arbeiterkassenminister und die Arbeiterkassenminister im Reichstag. Die Arbeiterkassenminister, was man nicht hätte machen können, wenn die streikenden Arbeiter gegen die streikenden Arbeiter zu unterstützen, daß der Reichstag die streikenden Arbeiter nicht unterstützen sollte. Schon im Reichstag, daß die Minister nicht rechtlich abgeben, die streikenden Arbeiter, die streikenden Arbeiter, aber nicht die streikenden Arbeiter, daß man nicht rechtlich unterstützen sollte, sondern daß auch die deutschen Arbeiterkassenminister § 154 der Reichsverordnung, indem, kühnlich

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Wohlfahrt. Nach jahrelangen Mühen, Sorgen und schweren Kämpfen ist es endlich gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Arbeiter um etwas zu verbessern. Am 11. Oktober 1911 hat der Rat der Stadtverordneten die Beschlüsse zur Erhöhung der Gehälter der Beamten genehmigt. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte damals, den Rat aufzufordern, sofort auch eine Beschlusse, durch welche die Löhne der hiesigen Arbeiter und Angestellten etwas werden, vorzugeben und die Gehälter der Beamten Gehaltsverträge für lange anzuheben. Die Beschlüsse, was zu noch die fortschrittliche Fraktion gebietet, keine diesen Antrag so mit der Regierung, die Beamten Gehaltsverträge nicht eben im voraus treten zu lassen, bis nach die Höhe der hiesigen Arbeiter in der gleichen Weise erhöht sind. Im Winter 1911 wurde den Beamten, die bis zu 1800 Mk. Gehalt bezogen und eine Anzahl davon, eine einmalige Teuerungszulage von 100 Mk. gewährt. Der sozialdemokratische Antrag, den Arbeitern die gleiche Teuerungszulage auszubedenken, wurde abgelehnt; nur als Wunsch wurde er dem Rat mitgeteilt. Nach heftigen Kämpfen gelang es schließlich, für die Arbeiter und Angestellten eine Teuerungszulage von täglich 25 Pf. für die Zeit vom 1. November 1911 bis 1. April 1912 zu erwirken. Die Teuerungszulage über diese Zeit hinaus weiter zu gewähren, lehnte der Rat ab. Die Arbeiter und Angestellten können, wenn sie alle Tage in dieser Zeit bei der Stadt Beschäftigung hatten, an Teuerungszulage höchstens 31,25 Mk. erhalten, dagegen die Beamten 100 Mk. Durch wiederholte Eingaben der Arbeiter, die von den sozialdemokratischen Vertretern unterstützt wurden, erzielten die hiesigen Arbeiter im Frühjahr 1912 pro Stunde 2 Pf. Zulage. Nach dieser Erhöhung betrug die Stundenlohn für viele vollqualifizierte Arbeiter trotzdem nur 36 und 37 Pf. Die Stadtwirtschaft glanzte nun in unvorstellbarem Maß, so daß die Arbeiter gezwungen zu haben und lehnte alle weiteren Forderungen ab. Die Beamten Gehaltsverträge wurde im Januar 1912 von der Stadtverwaltung mit verschiedenen Abänderungen genehmigt. Die einzelnen Beamten erhielten dadurch eine Erhöhung ihres Gehalts von jährlich 100 bis 500 Mk. Den Sozialdemokraten gelang es, an diese Beamten, die Gehälter zu erhöhen, daß den hiesigen Arbeitern als per unzulässigen Abgang ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse vom Tage des Inkrafttretens der Gehaltsverträge täglich 10 Pf. Zulage gewährt werden. Der Rat nahm diese Forderung nicht an und dachte mit Rücksicht auf die Regierung, er zu handeln, jeden einzelnen, wenn die Stadtverwaltung diese Gehälter zahlen sollte, nur die in der Stadtverwaltung vorhanden waren die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung, die hiesigen Arbeiter und Angestellten und die Beamten der Stadtverwaltung. Die Regierung der Stadtverwaltung hat nun mit und nach die Gehälter erhöhen. Die Beamten Gehaltsverträge wurde vor Weihnachten 1912 genehmigt und durch die Stadtverwaltung vom 1. Oktober 1912. Die Arbeiter und Angestellten wurden am 1. Januar 1912. Der Lohn des Jahres 1911 in Höhe der Lohn im Winter der Sozialdemokraten wiederholt und die Beamten, wenn unter Aufhebung der Gehälter aufzufordern werden. Die verabschiedeten "Kaufmanns" genehmigt. Nach mehr als 100 Tagen, da 6. Dezember, nach dem die erste Sitzung

... sie heute regieren lassen, beim Ausbruch des ersten Krieges in der ... Schacht die Armee ganzlich zugrunde ging.

(Erläuternde Fragmente aus den Jahren 1807 und 1813.)

Der höchste Mut.

Um Mut zu zeigen, bedarf es nicht, daß man die Waffen erhebt; den weit höheren Mut, mit Verachtung des Urteils der Menge zu bleiben seiner Heberzeugung, müde uns das Leben oft ... an.

(Rede an die Studenten beim Ausbruch des Krieges 1813.)

Das Vaterland.

Wenn wir nicht im Auge behielten, was Deutschland zu werden hat, so läge an sich nicht fowiel daran, ob ein französischer Marschall, wie Bernadotte, an dem wenigstens früher begeisternde Helfer der Freiheit vorübergegangen sind, oder ein deutscher aus schlagener Edelmann ohne Sitten und mit Rohen und frechem Heber- ... über einen Teil von Deutschland gebiete.

(Aus dem Entwurf zu einer politischen Schrift im Frühling 1813.)

Neue Welt.

Der Krieger bildet keinen besonderen Stand und kann im Reiche Gottes auf der Erde kein besonderer Stand werden, und zum Krieger werden, außer in besonderen Fällen, ... die Menschen niemals ... Es müßte darum, um die Zeit des ersten Durchbruchs des Reiches Gottes in einem christlichen Volke, der christliche

Bölkerverein in der Lage gegeneinander sein, daß zwar die Be- reitschaft zum Kriege fortdauerte ... des wirtlichen Krieges aber alle herzlich müde würden. In eine solche Epoche, wo bloß des inneren Zwanges Möglichkeit ständende, müde die erste deutsche Wahr- nehmung eintreten, daß keiner mehr nötig sei, indem die Zwingenden und Regierenden ohne alle Beschäftigung blieben. Auf diese Weise wird irgend einmal irgendwo im Reiche des Christentums die er- gebrachte Zwangsregierung allmählich einschlafen, weil sie durch- aus nichts mehr zu tun findet ... So wird der dermalige Zwangs- staat ohne alle Kraftsicherung gegen ihn an seiner eigenen, durch die Zeit herbeigeführten Nichtigkeit ruhig ansterben, und der letzte Erbe der Souveränität, falls ein solcher vorhanden, wird eintreten müssen in die allgemeine Gleichheit, sich der Volksschule übergebend, und lebend, was diese aus ihm zu machen vermag ...

Dies, sage ich, wird eintreten in einem Zwischenraume, da äußerer Krieg und darum Zwang zu demselben nicht stattfindet. Wäre die Möglichkeit desselben in der Welt dennoch nicht gänzlich aufgegeben, und würde spaterhin ein Volk, in welchem die Theo- kratie schon feste Wurzel gefaßt, mit demselben überzogen, so ist keine Frage, ob nicht dieses Volk ebenso gegen den äußeren Feind stehen werde mit gemeinschaftlicher Kraft, als ein Mann, wie es gegen den inneren Feind, die Natur, ununterbrochen steht, und ob es nicht bei seiner überwiegenden Naturkenntnis, Kunstfertigkeit und aontbegeisterndem Mute entschiedener Sieger sein werde.

(Staatslehre. Sommer 1813.)

statt. Eine Einigung wurde nicht erzielt und die darauf einwirkende Intervention vor Verhandlung abgelehnt. Das von der Patner vertreten gewählte Präsidium, einmütig den Anträgen bis zur Entscheidung vom 1. Dezember an der Webe 150 Mk. Gehalt zu leisten, lehnte der Rat ab. Nachdem diese Verhandlung in unfruchtbarer Weise fortgesetzt worden, gelang es endlich in der Sitzung am 8. Januar d. J. eine Einigung zu erzielen, der dann auch der Rat und die Arbeitervertretung ihre Zustimmung erteilten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der nächsten Arbeiter stellen nunmehr wie folgt fest: 1. Der monatliche Lohn beträgt 110 Mk. 2. Bei mehr als 12 Jahren Heirat wird den Mann Frauen je nach nachfolgenden Verhältnissen ein Zuschlag von 2,50 bis 100 Mk. pro Tag gewährt. Jedoch darf der Zuschlag nicht die Gehaltsgrenze von 150 Mk. überschreiten. 3. Jeder männliche Arbeiter, der vier oder mehr Kinder unter 11 Jahren in seiner Wohnung hat, erhält eine Kindergeldzuschlag von monatlich 15 Mk. 4. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 Mk. gewährt. 5. Ein monatlicher Zuschlag von 100 bis 1200 Mk. wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 6. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 7. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 8. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 9. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 10. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt.

Beim Zusammenfall mit vorerwähnter Verhandlung mit dem Arbeitgeber, die in der Sitzung am 11. Dezember d. J. stattfand, wurde die Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt. Eine Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt.

Die Entlohnung der nachfolgenden Arbeiter stellt sich nach der Tabelle wie folgt:

anfängslohn	monatlich	75 Mk.	jährlich	900 Mk.
nach 3 Jahren	85		1020	
" 6 "	95		1140	
" 8 "	100		1200	
" 10 "	110		1320	
" 12 "	120		1440	
" 15 "	125		1500	

Wenn Arbeiter mit mehr als 20 Jahren im Stande zu sein, angestellt werden, wird ihnen die Höhe ihres Gehalts je nach ihrer abtätigen Stellung festgesetzt. Je länger sie in der Fabrik angestellt sind, desto höher wird ihr Gehalt. Die Vergütung der Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 6. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 7. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 8. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 9. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt. 10. Der Zuschlag für Heirat wird bei Heirat bis zu fünf Jahren einer Kindergeldzuschlag von 100 bis 1200 Mk. gewährt.

• Theaterarbeiter •

Aus dem monatlichen Fortschritt in München. In der Sitzung am 11. Dezember d. J. wurde die Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt. Eine Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt.

• Aus unserer Bewegung •

München. In der Sitzung am 11. Dezember d. J. wurde die Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt. Eine Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt.

stollegen nichts gemein haben; sie wären mit ihren Verhältnissen zufrieden. Trotzdem beantragten sie nach kaum drei Wochen jetzt eine Lohnverbesserung. Aber die Stadtväter lehnten auch diese Eingabe ab. Werden die Fernliebenden nun endlich einsehen, daß ohne Verhandlung kein Fortschritt zu verzeichnen ist? Hat nicht der Verband erzieht, daß die Löhne auf den jetzigen Stand gebracht wurden? Darum mögen ermahnt und nicht ein in andere Parteien!

Stiefels. In der am 11. Dezember d. J. abgehaltenen Sitzung des Vorstandes, welche am 11. Dezember d. J. stattfand, wurde die Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt. Eine Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt.

Darmstadt. Am 27. Januar d. J. wurde die Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt. Eine Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt.

Fresden. In der am 11. Dezember d. J. abgehaltenen Sitzung des Vorstandes, welche am 11. Dezember d. J. stattfand, wurde die Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt. Eine Einigung über die Heirat, die in der Sitzung am 8. Januar d. J. erzielt wurde, bestätigt.

ihrer Aufgabe 300 Mk. zur Verfügung gestellt und der Wärmehäuser 50 Mk. überwiesen. Der Antrag, die Verteilungsblätter weiter erwidern zu lassen, fand einstimmige Annahme.

Freiburg. In der Generalversammlung vom 21. Januar gab Kollege Purker, Straßburg den Jahresbericht. Bei der Wahl des Vorstandes wurden fünf sämtliche Kollegen wiedergewählt. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Wilhelm Hoffmann, Schwabenerstraße 8; des Kassierers: Titus Degenmayer, Marsstr. 35. Die Kollegen werden ersucht, dem neuen Bibliothekar Kollegen Beck die Arbeit dadurch zu erleichtern, daß sie ihre Bücher immer rechtzeitig abgeben.

Süßrow. Unsere Monatsversammlung am 21. Januar war am Abend. Der Vorsitzende berichtete über Eingänge vom Verbandesbericht. Darauf folgte die Rechnungslegung des Kassierers und Bericht von der letzten Marktsitzung. Mit einem regen Appell, unter den Unorganisierten für Eintritt in den Verband zu wirken, schloß die Versammlung.

Mün. Die Generalversammlung am 18. Januar nahm den Bericht und die Abrechnung der Erbsverwaltung entgegen. Dem vom Kollegen Höfken erläuterten Bericht entnehmen wir, daß im Berichtsjahre die Fortsetzung der Arbeiten im Vordergrund der Bewegung stand. Leider sind die Bemühungen, auch für die stähler Betriebe den Kennzeichentag zu erlangen, nicht von dem Erfolg gekrönt gewesen, wie erwartet wurde. Das Fehlen einer einheitlichen Organisation und nicht zuletzt die Haltung der „Gewerkschaft“, die einem geschlossenen Vorgehen hindernd im Wege standen, stellen einen vollen Erfolg von vornherein in Frage. Der verantwortliche Geist, der Stadtverordneten und Stadtverordnete bei der Behandlung der so wichtigen Frage der Arbeitszeitverkürzung regiert, konzentriert sich allein schon in dem Umstand, daß die Entscheidung, ob der acht oder Kennzeichentag eingeführt werden soll, den in der Handelskammer vereinigten Unternehmern überlassen wurde. Das Ergebnis war demzufolge ein negatives. Von rund 7000 Beschäftigten erheben noch keine 250 die neuromündige Arbeitszeit, während der weiteren Ausdehnung der achtstündigen Arbeitszeit in den sonst unterliegenden Betrieben überhaupt nicht näher geachtet wurde. Die niedrigen Anfangslöhne, 3,60 Mk. für ungelehrte Arbeiter und 4,25 Mk. für Handwerker, gaben Anlaß, erneut an die Stadtverwaltung eine Eingabe um Erhöhung der Einstellungslohne zu richten. Die Haltung der Stadtverordneten zu dieser, im Hinblick auf die nahe Preissteigerung und Forderung höherer Löhne, in jenen noch unbekannt. Bei der am 23. des Berichtsjahres erfolgten Wahlenentscheidung konnten nur 2112 Stimmen auf unsere Liste vereinigen. Ein achtungswürdiger Erfolg, wenn die aktive Haltung der Gegner in Betracht zu ziehen sind. In der Erbsverwaltung trat durch die Vertagung des Kollegen Binder zum Marktschlichter nach Pletersfeld ein Wechsel ein und wurde Kollege Höfken an seine Stelle als Erbsbeamter gewählt. Die Annahme der Mitglieder an den inneren Verhandlungsgesprächen läßt leider zu wünschen übrig und muß hier der Wunsch ausgesprochen werden, daß nicht nur die Zeits- und Preisverhandlungen beachtet werden, sondern auch die Arbeitsverhältnisse mehr Beachtung finden. Nach dem Massenbericht betragen die Einnahmen 26846,91 Mk., die Ausgaben 25754,11 Mk., der Mahnenbestand 1292,18 Mk. An Unterbringungen wurden 7023,55 Mk. angesetzt und an die Hauptkasse 8928,96 Mk. eingezahlt. In der Erbsverwaltung wurden die Kollegen A. Hoffmann, M. Gadel, M. Tragen und als Revisor J. Steimert neu gewählt.

Münch. Mit neuer Verlesungsmannschaft, bezüglich der Hauptkassen der Vertagung des nächsten Monatsjahres, das die Gesamtsumme der 240000 Mk. Gesamtsummen und 112 000 Mk. Höhe der Einnahmen und der 280000 Mk. der 211000 Mk. Gesamtsummen einen Rückgang von 22 800 Mk. gebracht haben. An eine Verlesungsmannschaft der nächsten Arbeiter wurde bei dieser Vertagung mit neuen Werten gedacht. Dazu kamen die am 23. Mai 1913 eine Eingabe an die Stadtverwaltung eingereicht, in der um Erhebung der Löhne, die sich nach Stunden 2- und 10 für pro Stunde bezogen, gebeten wurde. Da es sich um eine der Höhe der 12 Stunden geleistete Arbeit nach 11 Stunden zu rechnen, wurde gleichzeitig um Verlesung der 12 Stunden, ersucht. In diesem Betrage, wo sich alljährlich erhebliche Differenzen aus der regelmäßig eintreffenden Anzahl von 2000 „Arbeiter“ durch den Vergleich der Lohnsätze, Beschäftigtenzahl und anderer Verhältnisse ergeben, ist es nach dem Wahrscheinlich, daß es nicht in den Sinn gekommen, sich auch eine Liste Arbeiter, bei ihrer Erhebung nicht achten Verlesungsmannschaft, ein pro Tage Lohnverhältnis abgeben konnten. Die bereits erhaltene Eingabe ersucht auch den Kassierer um diese Verlesungsmannschaft. Aber er wird nicht mehr auf die Wünsche der Arbeiter, und ohne die Eingabe am 23. Dezember einzureichen, nicht wurde, und daß die Stadtverwaltung nicht einmündig, einer Antwort. Stadträte Arbeiter, wie lange wohl für eine solche Verlesungsmannschaft fallen lassen? Besonders für Unorganisierten, wie lange plant für denn noch außerhalb unserer Reihen stehen

zu bleiben? **Kauft Euch nicht der Magistrat durch sein Verhalten nahezu mit Gewalt die Notwendigkeit der Organisation in Euch hin?** Darum rafft Euch auf und organisiert Euch endlich, damit bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpft werden!

Münch. Die Generalversammlung am 16. Januar nahm den Jahres- und Massenbericht entgegen. Die Mitgliederzahl ist bis zum Jahresabschluss auf 382 gestiegen. Es wurde in der Versammlung betont, daß es infolge der schlechten Konjunktur wohl in absehbarer Zeit schwer sein wird, die Mitgliederzahl besonders zu steigern, trotzdem dürfte aber die Agitation nicht erlahmen, denn die Zahlkraft der Labeder Staatsarbeiter bedürfte noch weiterer Stärkung. Die Einnahmen im vierten Quartal betragen 6047,79 Mk., die Ausgabengaben 646,10 Mk., für Rechnung der Hauptkasse wurden 830 Mk. an Unterbringungen ausgezahlt und dem Hauptvorstand 1047,05 Mk. in bar überhandelt. Sonach bleibt ein Mahnenbestand von 3520,11 Mk. Nach Entgegennahme des Massenberichts wurde zur Wahl des Ältestenrates geschrieben. Diese ergab: 1. Vorsitzender: A. Gorbunin, 2. Vorsitzender: J. Brodmann, Schriftführer: J. Bruggemann, Kassierer: J. Bremer. Zwei Kollegen, die durch längere Krankheit resp. Arbeitslosigkeit in Not geraten sind, erhielten je 20 Mk. Unterbringung aus der Ältestenkasse bewilligt.

Mittweida. In der Generalversammlung vom 17. Januar gab Kollege Schiller den Bericht des Vorstandes. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 08, gegen 55 im Vorjahr. Der Mahnenbestand betrug hier auf 192,89 Mk. Die Rekruten ergaben: als Vorsitzenden Kollegen Schaller, als Kassierer Kollegen Zeigler und als Schriftführer Kollegen Koller. Weiter wurde noch die Gewährung eines Ersatzlohnbescheides geneigt, und zwar erhalten durchreisende Mitglieder von je 20 bis 50 Pf., in bar und einen Guthaben von 50 Pf., welcher im Gewerkschaftsbüro in Zahlung genommen wird. Kollege Schiller gab an, er kommt, daß er zum Rechnungs-führer der „Reisekosten“ gewählt worden ist und erbat die Kollegen, ihr eigenes Unternehmen soweit wie möglich zu unterstützen.

Eisenbach a. Main. Am 31. Januar tagte eine Versammlung, in welcher der Arbeitersinnliche Vorsitzende den Jahresbericht erstattete. Darauf hielt Kollege Schmeißer einen Vortrag über Arbeitersinnlichkeit und Gewerkschaft. In den Betriebsversammlungen aufgestellten Arbeitersinnlichkeitsmandatanten wurden von der Versammlung bestätigt. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, sich bei der Wahl zu beteiligen und einstimmig für unsere Mandatanten zu stimmen.

Böhm. In der am 21. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete Kassierer Reich den Massenbericht. Die Kollegen ergraben die Wiederwahl des Vorsitzenden: Rosenberger und des Kassierers Reich. Beschlossen wurde, im Ersatzlohnbescheid je zweimal im Jahre 3 Mk. etwa zu gewähren, wenn der Kollege 72 Wochenbeiträge geleistet hat.

Mosk. Unsere Älteste hielt am 25. Januar ihre Mitglieder-versammlung ab. Der Kassierer erstattete die Abrechnung vom 1. Quartal. Diese weist eine Einnahme von 5815,25 Mk. und 937,04 Mk. Ältestenausgabe auf. Im Antrage der Hauptkasse wurden 2000 Mk. an Unterbringungen 101,50 Mk. bei Arbeitslosigkeit 41,00 Mk. für Streikunterstützung 63,32 Mk. Sterbegeld 60,00 Mk. Der Mahnenbestand beträgt 2726,77 Mk. Die Mitgliederzahl erhöhte sich auf 388. Die Vertagung des Kollegen Reich wurde einstimmig erörtert. Nach Erledigung innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Herrnigrode. Unsere Monatsversammlung fand am 10. Januar statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl beträgt 75. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab eine Gesamtsumme von 176,55 Mk. und eine Gesamtsumme von 121,10 Mk. Sonach bleibt ein Bestand von 111,45 Mk. Die Wahl des Ältestenrates ergab folgende Besetzung: 1. Vorsitzender: Hermann Kiehoff, 2. Vorsitzender: Heinrich Kiehoff, Kassierer: Christian Kiehoff, Schriftführer: Karl Kiehoff.

Wiesbaden. In der Generalversammlung am 18. Januar gab Kollege Schmidt den Bericht vom 1. Quartal bekannt. Die Einnahmen betragen 1785,00 Mk., die Ausgabengaben 503,85 Mk. Für Rechnung der Hauptkasse wurden 2000 Mk. an Unterbringungen 275 Mk. an Unterbringungen 10,75 Mk. Arbeitslosenunterstützung 287,75 Mk. Der Hauptbestand erhebt in bar 5100 Mk. Der Mahnenbestand beträgt 280,65 Mk. Davon sind 2000 Mk. an einzelnen Mitgliedern 15,25 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 224. Die Vorstandswahl brachte folgende Ergebnisse: Einem Vorsitzenden Kollege Koller, Kassierer Kollege Schmidt, Schriftführer Kollege Kiehoff. Als Revisor wurden die Kollegen Zebel, Kiehoff, Kiehoff und Obermüller gewählt, zu Revisoren die Kollegen Pöhl, Schöder und Kiehoff. In Marktschlichteramt die Kollegen Kiehoff, Kiehoff und Phillips.

◆ **Aus den deutschen Gewerkschaften** ◆

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände fand nach dem 'Correspondenzblatt der Generalkommission' am 12. bis 14. Januar im Berliner Gewerkschaftshaus statt. An erster Stelle wurde über die Regelung der Unterrichtsangelegenheiten von und Abwechslung im Wege des Umklagerfahrens beraten und der Generalkommission die weitere Ausarbeitung eines rechtlichen Regulativs anvertraut. Sodann wurde nach eingehender Debatte beschlossen, den seit dem Berliner Gewerkschaftskongress 1896 bestehenden Gewerkschaftsausweis zu verlängern und die Vorstandskonferenzen auszuhalten. Eine Neugestaltung des vom Stuttgarter Kongress 1902 beschlossenen Modells in der Generalkommission überzogen worden. Der vorerwähnte Kongress in München soll darüber Bescheid lassen. Die gewerkschaftlichen Unterrichtsfrage, deren seit 1906 jährlich 3 bis 4 angehalten wurden, sollen, nachdem nunmehr 30 neue gewerkschaftliche tätige Kräfte, 100 genommen haben, daß dem dringenden Bedürfnis damit Genüge geleistet ist, demnächst eingestellt werden. Das jährlich nur noch ein solcher Kursus stattfindet, dessen Teilnehmerzahl 50 nicht über schreiten darf. Es sind seit 1906 insgesamt 20 allgemeine Unterrichtsfrage für Teilnehmer abgehalten worden, ungerade die Spezialkurse für Arbeitersekretäre. An der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1911 werden sich die Gewerkschaften durch eine Stellvertretung ihrer Gewerkschafts- und technischen Anwälte beteiligen. — In Wien findet in diesem Jahre ein Internationaler Kongress für Gewerbetreibenden statt. Auf Einladung der Stongregierung wird den Gewerkschaften nahegelegt, der ersten ihre für Ausstellungs-zwecke geeigneten Materialien zur Verfügung zu stellen und sich auf dem Kongress, soweit dies ihr Berufsinteresse erheischt, vertreten zu lassen. Eine bedeutungsvolle Meinung beschloß die Konferenz für eine Reihe seit längerer Zeit vorliegender Grenzstreitigkeiten, deren endgültige Erledigung durch Beschluß mit bindender Wirkung durch Schiedsgerichte herbeigeführt werden soll. Zu jedem dieser Schiedsgerichte wählen die beteiligten Verbände je 2 unparteiische Schiedsmänner, die sich einen weiteren unparteiischen als Obmann wählen. Die beteiligten Verbände haben vor Einsetzung des Schiedsgerichts zu erklären, ob sie sich dem Schiedspruch fügen wollen. Unter den sonst noch erörterten Fragen ist bemerkenswert, daß den Verbandsvorständen nahegelegt wurde, dahin zu wirken, daß alle Gewerkschaftsangehörigen gemäß dem Vereinbarungsbeschuß der Partei- und Gewerkschaftsunterstützung den auf den 1. Mai jedes Jahres entfallenden Gehaltsanteil an den Parteifonds ihres Bezirks abführen.

Gewerkschaftskonferenz für Württemberg. Das Bezirksamt der Gewerkschaften für Württemberg und Hohenzollern hielt am letzten Sonntag in Gmünd eine Landeskongferenz ab, die sich mit der Arbeitslosigkeit und den Erfahrungen bei den Streikentlassungen beschäftigte. Nach einem mündlichen Referat des Arbeitersekretärs Matzat wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die eine reichhaltige, alle Arbeiter und Angehörigen umfassende Arbeitslosenversicherung und bis zu deren Durchführung die staatliche Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung sowie Gewährung von staatlichen Zuschüssen an diese fordert. Auch wird die Nöwendigkeit der Beschaffung von Arbeitsplätzen zu tarifmäßigen Löhnen sowie die Stundung der Staats- und Gemeindesteuern für Arbeitslose und für Handwerker und Geiselsleute, die nachweislich durch die Wirtschaftskrise in Not geraten sind, betont. Ueber die zurückliegenden Streikentlassungen referierte der Sekretär der Stuttgarter Gewerkschaften, Genosse Haarer. Das Ergebnis dieser Wahlen, so führte er aus, sei für die Gewerkschaften nicht besonders befriedigend. Die in weiten Arbeiterkreisen in Sachen der Arbeiterversicherung noch herrschende Uninteressiertheit habe eine ungenügende Wählereteiligung veranlaßt. Die gewerkschaftlichen Gewerkschaften haben sich wieder mit den Unternehmern verbunden. Die Folgen dieser Tat ist wurden die Vertreter der drücklichen und anderen Gewerkschaften in den Streikentlassungen in den nächsten vier Jahren zu spüren bekommen. Diese Anaristisanden müssen jetzt von den freien Gewerkschaften angegriffen werden. Es geht auch, die weltlichen Massenmitglieder anzuklären und zu organisieren, damit der Einfluß der Samen der höheren Stände, der diesmal in Erscheinung trat, mäßigert werde. Bei den freien Gewerkschaften habe die Arbeit unter dem Mangel an Mitteln und unter der nebenamtlichen Erledigung gelitten. Der Redner trat daher für die Schaffung eines Bezirkssekretariats ein, das auch zur Vertretung der Interessen der Vertriehen beim Oberveränderungsamt eine unbedingt. Notwendigkeit sei. — In der Diskussion traten alle Redner dieser Ansicht bei, und in einer angenommenen Resolution wird an den nächsten Gewerkschaftskongress

das dringende Erbiten gelehrt, die Mittel für die Erfüllung dieser Aufgaben in ausreichendem Maße zu beschaffen. Sollte der Gewerkschaftskongress dieser Erwartung nicht entsprechen, soll eine außerordentliche Bezirkskongferenz über die Ausfertigung des Mittel zur Erledigung eines Bezirkssekretariats beraten. Für die Jahre 1913 und 1914 wurde der von den Ortsstellen an das Bezirksamt zu leistende Beitrag auf 5 Pf. pro Mitglied und Jahr festgesetzt.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Schlusse des Jahres 1912. Das Material Statistik, zum ersten Male umfassend in Zusammenhang aller im Deutschen Reich geltenden Tarifverträge, (Verf. aus Nr. 3 d. 'Gew.'). Das reiche Material zu dieser Arbeit wurde von verschiedenen Stellen besonders durch die Arbeitervereine in verschiedenen zusammengetragen. Dadurch gewinnt ein ziemlich lückenloses Bild der tariflich geregelten Arbeitsbedingungen in Deutschland. Seit Ende 1907 hat sich die Zahl der Tarifverträge und der von ihnen erfaßten Arbeiter mehr als verdoppelt. Alle gewerblichen Betriebe, mit Ausnahme des Bergbaues, weisen tarifliche Vereinbarungen auf. Am häufigsten sind dieselben im Verhältnis zu der beschäftigten Arbeiterzahl in großbetrieblichen Betrieben. Es folgen das Baugewerbe, Metallverarbeitung und Maschinenindustrie, das Holzgewerbe, die Weberei und die Bekleidungsindustrie. In allen diesen Branchen behandelte 1912 etwa 11.000 Tarifverträge mit 100.000 Betrieben und 1.000.000 Arbeitern. Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die Verteilung der Tarifverträge auf die einzelnen Gewerbe:

Gewerbegruppen	Tarif-gemein-schaften	Arbeiter	Personen
Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht	90	532	4 213
Bergbau usw., Forstgärtnerei	3	3	77
Industrie der Steine und Erden	610	4 000	59 528
Metallverarbeitung, Maschinenindustrie	1 291	17 678	199 156
Chemische Industrie	61	66	5 814
Forstwirtschaftliche Nebenprodukte	54	60	4 285
Textilindustrie	296	577	15 895
Papierindustrie	166	2 292	41 039
Leiderindustrie	215	4 842	32 057
Industrie der Holz- und Sägmischie	1 264	18 912	135 109
Industrie d. Nahrungs- u. Genussmittel	2 167	11 754	120 284
Bekleidungs-gewerbe	719	19 916	139 767
Reinigungsgewerbe	104	2 378	5 564
Baugewerbe	2 466	56 980	596 273
Poligraphische Gewerbe	80	9 723	85 319
Handelsgewerbe	637	2 723	39 073
Verkehrsgewerbe	336	5 228	59 595
Glasi- und Schmelzindustrien	218	1 596	6 174
Musik, Theater usw.	12	41	303
Sonstiges	10	4 76	4 730
Zusammen	10 739	159 930	1 574 285

In der Mehrzahl der Tarifgemeinschaften sind von der Arbeitgeberseite Einzelbetriebe beteiligt, nur in drei Fällen ein Verband. Auf der Arbeiterseite sind alle Verträge nur durch Verbände abgeschlossen. Zwei Drittel der im Tarifvertragsverhältnis stehenden Personen entfallen auf Tarifgemeinschaften, die beiderseits von Verbänden abgeschlossen sind. Durch diese Entwicklung der Tarifverträge ist der satzungsmäßige Beweis erbracht, daß sowohl für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer die Organisationen die Förderer des Tarifvertragsgedankens sind.

Eine Sitsaktion für die arbeitslosen Holzarbeiter ist vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes in die Wege geleitet worden. Es soll ein Aufruf an die Mitglieder erfolgen, in dem diese ermahnt werden, in allen Zusammenkünften, auf den Arbeitsplätzen usw. freiwillige Sammlungen zur Unterstützung der arbeitslosen Holzarbeiter zu veranstalten. Aus der Verbandskasse ist auf einmütigen Beschluß des Vorstandes und des ausführenden Ausschusses des Holzarbeiterverbandes eine beträchtliche Summe zu dem gleichen Zweck bewilligt worden.

Der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband (Vereinigung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes) einer in Berlin bestehenden Zusammenschließung, wegen der Freiberger Metallarbeiter ausgetreten ist und mit dem Deutschen Metallarbeiterverband gemeinsam den für das Berliner Holzlegergewerbe gültigen Tarifvertrag abschloß, hat in einer außerordentlichen Generalversammlung am 25. Januar in gleicher Abstimmung mit 617 gegen 20 Stimmen den Hebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband beschlossen. Dadurch sind die jahrelang bestehenden Differenzen im Berliner Holzlegergewerbe zum Nutzen der Arbeiter endgültig beseitigt.

ionen oder 13,62 pro 1000 der Bevölkerung auf 739 945 oder 11,32 pro 1000 der Bevölkerung. Damit rückte für gewisse Leute das lebende Gepein eines Bevölkerungstillstandes und schließlich Rückganges in greifbare Nähe. Unzählige Redern wurden in Bewegung gesetzt, um die Ursache des Übels zu ergründen und in wirtschaftlicher Mannigfaltigkeit reibte sich Vorblod an Vorblod, wie man am besten den Hebel Einhalt tun konnte. Aber noch ebe irgendeiner von diesen Vorblöden praktische Gestalt angenommen hatte, haben sich die Verhältnisse ganz von selbst gebessert. Was schon aus den Veröffentlichungen einiger Einzelstaaten über die Bevölkerungsvermehrung des Jahres 1912 hervorging, das wird jetzt durch die in dem eben herausgekommenen Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches mitgeteilten Ziffern für das ganze Reich bestätigt; daß nämlich das Jahr 1911 infolge seines die Säuglingssterblichkeit begünstigenden heißen Sommers ein Ausnahmefahr darstellte und daß die normale Entwicklung der Bevölkerungsbewegung bis jetzt abjehlt keinen Anlaß gibt, besonders schwarz in die Zukunft zu sehen. Zwar hat auch 1912 eine weitere kleine Abnahme der Geburtenrate gebracht. Ihre Ziffer sank von 1927,03 oder 29,48 pro 1000 der Bevölkerung auf 1925,88; oder 29,12 pro 1000. Gleichseitig sank aber auch die Zahl der Gestorbenen von 1187 091 oder 18,16 pro 1000 auf 1-085 996 oder 16,12 auf 1000 und erreichte damit einen Tiefstand, wie ihn noch kein Jahr vorher, auch nicht das bis dahin günstigste Jahr 1910 (17,09 pro 1000) aufzuweisen hatte. Infolgedessen stieg der Geburtenüberschuf von 739 945 oder 11,32 pro 1000 auf 839 887 oder 12,70 pro 1000. Wenn er damit auch hinter dem Geburtenüberschuf der vorhergehenden 17 Jahre zurückbleibt, so steht er damit doch noch ebenso hoch resp. höher wie in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Reichsgründung, wie folgende kleine Tabelle erweist. Es kamen auf je 1000 Einwohner:

im Jahresdurchschnitt	Geburten	Todesfälle	Geburtenüberschuf
1871-1882	40,65	28,02	12,63
1883-1892	37,98	26,06	11,92
1893-1902	37,11	22,68	14,43
1903-1912	32,49	18,90	13,59

Größtenteils werden diese statistischen Ergebnisse nicht verstehen, die erregten Gemüter etwas zu beruhigen. Zu bemerken ist ferner noch, daß die Zahl der Totgeborenen einen kleinen Ausgange (von 2,95 pro 100 Geburten auf 2,93) erfahren hat. Dagegen ist die Rate der unehelich Geborenen wieder um eine Kleinigkeit gestiegen. Es wurden 1912 183 857 oder 9,55 Proz. unehelich geboren gegen 177 056 oder 9,19 Proz. in 1911. Die uneheliche Geburtenrate hat damit seit 1872 ihren höchsten Stand erreicht; ihren niedrigsten hatte sie im Jahre 1903 mit 8,33 Proz.

Ein sonderbares „Seilverfahren“ für die Kranken im Königsberger kaiserlichen Krankenhaus hat Herr Oberinspektor Seidelmann erfunden. Wurden da infolge Überanstrengung und Ermüdung mehrere Arbeiter des Krankenhauses krank. Um nun diese von den übrigen als arbeitsunfähig bezeichneten Personen zu heilen und gleichzeitig künftigen Erkrankungen vorzubeugen, hat man ein ganz neues Mittel entdeckt. Der vereinigte Kampfgeist wurde mitegeteilt, daß zu viel Arbeit da sind; wer sich noch krank meldet, der wird nach seiner Genesung erst dann einstellt, wenn eine Stelle frei geworden ist. Nachdem in dieser Form das neue Seilverfahren angekündigt war, hatten die nachgeordneten Anstalten daselbst muntere anzuwenden. Es wurden die reuigsten Kranken vorläufig einstestellt, bis eine Stelle frei wurde. Wer also erkrankt, der wird nach seiner Wiederherstellung längere Zeit durch Arbeitslosigkeit bestraft. Schade nur, daß dieses Seilverfahren nicht auch auf die Herren Vorbesetzten ausgeübt worden ist. Ob die Ärzte nicht am Ende in den Streit treten werden, weil man ihnen ins Handwerk prajßt?

Der Haberfad.

v. Eidenburg Janusban in Thorn:

„In bezug auf die preussische Wahlrechtsfrage heißt es: „Hand vom Zed, 's ist Haber drin!“

Es war einmal ein Haberfad,
 Hi-Ha-Haberfad,
 Ten sah voll Reid das Föbelpad,
 Hi-Fa-Föbelpad,
 Tod konnte es nicht ran,
 Tiervell so mancher edle Gant
 Die kriegte voll genug das Haut
 Und wollt' siets noch mehr han.
 Es sah auf diejem Haberfad,
 Hi-Ha-Haberfad,
 Ein fetter Herr in Adelsrad,
 A A Adelsrad,
 Und biest sich seinen Paud:
 Ich siie hier ger weich und warm
 Mit einem dutgefüllten Darm
 So rund als wie ein Zchloub.

Der Haberfad, es ist mein Thron,
 Thri, Thra-, ist mein Thron,
 Geheilig durch die Tradition,
 Tri, Tra-, Tradition:
 Er gibt mir alles her.
 Tenn ires ich mich auch did und dhun
 Und ires ich ohne ausjunth'n:
 Der Zed wird niemals leer.
 Ich ware ja kein edler Zproh,
 i a edler Zproh,
 Ich ware ein Abmozeros,
 Abi Aba nozeros,
 Gab' ich dem Riets und Fad
 Auf diesen Auttersfad ein Recht.
 Bil', baba, du dummer knecht,
 wad weg vom Haberfad!

Evollvogel's Form

Briefkasten

Fr. Güntrow, Fr. Lübeck u. a. Bei Einsendungen an die Redaktion bitte stets die Rückseite freizulassen.

Eingegangene Schriften und Bücher

Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe. Von Adolf Braun. Eine Sammlung von Abhandlungen. Nürnberg 1911. Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei. VIII und 563 Seiten Groß Oktav. Preis elegant gebunden 6 Mk. Unsere gewerkschaftliche Literatur wurde durch ein Buch bereichert, das Genosse Adolf Braun zum Verfasser hat, der sich seit langem mit den Problemen des Gewerkschaftswesens befaßt. Eine Auswahl aus seinen zahlreichen Veröffentlichungen über die Gewerkschaften bringt dieses Buch: geschichtliche, darstellende, auch kritische und vor allem agitative Darstellungen über die Entwicklung der Gewerkschaften, über ihre Streitfragen in Deutschland und im Auslande, dann über die Organisationsarbeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, über Kampfziele und Kampfmethoden der Gewerkschaften, weiter Abhandlungen über die Tarife, über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, über die Probleme der Arbeitslosigkeit und der gewerkschaftlichen Statistik, endlich Auseinandersetzungen über Gewerkschaften und Unternehmertum. Ueber 10 Abhandlungen, die zum Teil in Unterkapitel zerfallen, enthält dieses Buch, dessen Verlagsarbeit erhoben wird durch die umfangreichen Zed, Verufe, Orts- und Personenregister, die das Werk abjehlt. Wir hoffen, daß das Buch reichliche Verbreitung über das Wesen, die Aufgaben und die Leistungen der Gewerkschaften bei Freund und Feind verbreiten wird. Auf den reichen Inhalt gesenken wir später zurückkommen.

Filiale Groß-Berlin

Sonntag, den 15. Februar 1914:

Vorstellung in der Urania

Wissenschaftliches Theater, Taubenstraße 48 49

„Die Insel Rügen“

Anfang 4 Uhr. — Eröffnung der vohstaltischen Zäle 3 Uhr

Eintrittskarten 50 Pfennig (einschl. Garderobe)

sind im Bureau und beim Kassenboten Koll. Schabel zu haben. Die Plätze werden einzeln und doppelt im Vorraum des Theaters verlost

Genau beachten!

Der Maskenball in „Hoffjäger-Palast“, Hafenbeide, am 7. Februar fällt aus. Er findet statt am Sonnabend, den 28. Februar, in Aders Festsälen, Hafenbeide 21

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------|
| Wolfgang Förster, Berlin
Gasarbeiter
† 16. 1. 1914, 67 Jahre alt. | August Kipp, Hamburg
Pensioniert (vordem Gasw. 1
† 27. 1. 1914, 69 Jahre alt. |
| M. K. Bergel, Dresden
Arbeiter (Tiefbauamt)
† 22. 1. 1914, 64 Jahre alt. | Albert Fischer, Berlin
Arbeiter (Markthal)
† 27. 1. 1914, 33 Jahre alt. |
| Heinr. v. d. Heide, Hamburg
Invalide
† 23. 1. 1914, 81 Jahre alt. | Johann Böge, Hamburg
(E. Jug-Abtlg.)
† 20. 1. 1914, 55 Jahre alt. |
| Hermann Adam, Rüstingen
Zaatarbeiter (Werkt)
† 24. 1. 1914, 21 Jahre alt. | Joachim Kröger, Hamburg
Bauarbeiter (E. Jug-Abtlg.)
† 30. 1. 1914, 69 Jahre alt. |
| Christoph Eiben, Hamburg
Hilfsarbeiter (Waldenort)
† 25. 1. 1914, 63 Jahre alt. | Wilh. Deez, Offenbach a. M.
Zandaufnehmer (Gaswerk)
† 31. 1. 1914, 41 Jahre alt. |

Chre ihrem Andenken!